



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914

Friedjung, Heinrich

Berlin, 1919-

Wien und Belgrad. Die Serben an der Adria (Oktober und November 1912)

[urn:nbn:de:hbz:466:1-77071](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-77071)

Balkan, war über die Schwäche der österreichisch-ungarischen Politik betroffen und gab dieser Empfindung unverhohlenen Ausdruck. Mitte Dezember berichtete ein Berliner Blatt über eine Unterredung mit ihm, in der er die Mitteilung machte, die Pforte habe das Wiener Kabinett zur Besetzung des Sandschak aufgefordert, er begreife nicht, warum es nicht darauf eingegangen sei. Er fand, daß, wenn sich Osterreich-Ungarn entschloesse, gemeinsam mit Rumänien tatkräftig zu handeln, der Erfolg nicht ausbleiben könnte. Indessen stand das Wiener Kabinett, während es für sich selbst nichts verlangte, loyal für den Anspruch Rumäniens ein. Das geht sowohl aus der österreichischen wie aus der rumänischen Dokumentensammlung über die Zeit der Balkankriege hervor. Nicht durch die Unzuverlässigkeit, sondern durch die Zaghaftigkeit der österreichisch-ungarischen Politik wurde die Abwendung Rumäniens von den Zentralmächten herbeigeführt. Denn nur der Starke fesselt die alten Freunde an sich und gewinnt neue.

*

Wien und Belgrad. Die Serben an der Adria (Oktober und November 1912)

Indessen konnte noch alles gutgemacht werden. Ein freiwilliger Verzicht ist nicht demütigend, von einer einmal gestellten Forderung dagegen weicht eine Großmacht nicht ohne Schaden zurück. Es gab Gründe genug, weshalb sich das Wiener Kabinett der Einmischung enthielt, unter denen die Rücksicht auf die südslawischen Völker des eigenen Reiches und der Nachbargebiete sehr beachtenswert war. In diesem Punkte hat der Verlauf der Dinge dem Grafen Berchtold recht gegeben. Dadurch, daß er, von Albanien abgesehen, die Balkanstaaten gewähren ließ, hielt er sich die Brücke nach Bulgarien frei.

Es war auch richtig, daß das Wiener Kabinett sich den großserbischen Plänen dort entgegenstemmte, wo es mit Italien zusammen-

wirkte. Es war nun einmal eine gegebene Tatsache, daß Serbien auf Bosnien so wenig verzichten wollte wie Frankreich auf Elsaß-Lothringen. Darüber kam man weder mit aufrichtigem Wohlwollen noch mit Sentimentalität hinweg. Die Sprache der Belgrader Blätter, auch der von der Regierung abhängigen, ließ keinen Zweifel zu. Gestattete Österreich-Ungarn, daß sich Serbien über Albanien bis an die Adria ausdehnte, so schuf es diesem Staate die Möglichkeit einer eigenen maritimen Politik und eine für die Monarchie bedenkliche Zukunftsmöglichkeit. Serbien dagegen behauptete, es bedürfe einen Ausgang zur Adria, um mit seiner Lebensmittelausfuhr von den Nachbarstaaten unabhängig zu sein; wie der menschliche Körper die Lungen zum Atmen, so benötige es zum mindesten einen Hafen und den dahin durch Albanien gehenden Ausgang. Nun hing aber Serbien durch den Sandschak mit dem befreundeten Montenegro zusammen und konnte die langentbehrte Bahn zur Adria durch diese Gebiete bauen. Nordalbanien war also zu jenem Zwecke allein nicht nötig. Das Großserbien der Zukunft rechnete aber mit weiten Räumen, und zu seinem Aufbaue gehörte auch die Unterwerfung der nordalbanesischen Stämme.

Es gab wohl in Wien einzelne Stimmen für die Gewährung dieses Wunsches Serbiens. Die so urteilten, waren der Ansicht, daß es durch ein viertel Jahrhundert, wahrscheinlich länger, zu tun haben würde, um jene Bergstämme zu unterwerfen oder auszurotten, und dieses Vergnügen sollte man dem unruhigen Volke gönnen. Indessen konnte sich Österreich-Ungarn doch nicht darauf einlassen, den Schutz seiner Interessen einem kleinen, absichtlich dem Untergange preisgegebenen Bergvolke anzuvertrauen. Ganz verkehrt war, was Kramar und Masaryk predigten, daß sich Österreich-Ungarn das serbische Volk dauernd verpflichten werde, wenn es seinen Herzenswunsch erfülle. Dankbarkeit spielt im Völkerleben keine Rolle, und aus demselben Motive hätte Österreich-Ungarn am Ende auch noch auf Bosnien verzichten können. Den tschechischen Parteiführern handelte es sich mit ihren Lehrmeinungen nicht um das Heil der Monarchie, sondern um die Förderung der nationalen Ideale des Serbentums.

Es war nun, nachdem Österreich-Ungarn seine Willensmeinung bekanntgegeben hatte, peinlich, wie sich Serbien achtlos darüber hinwegsetzte. Als serbische Truppen die vorwiegend von Albanesen bewohnte Stadt Prizrend besetzten, ließ die österreichisch-ungarische Regierung im „Fremden-Blatt“ halbamtlich die Erwartung aussprechen, die Serben würden hier haltmachen und nicht weiter nach Westen vordringen, wo das unbestrittene Gebiet eines anderen Volkes beginne. Diese Mahnung war in den Wind geredet. Die Serben setzten den Vormarsch fort und kümmerten sich auch nicht darum, daß der österreichisch-ungarische Gesandte in Belgrad, Ugron, dem Ministerpräsidenten Pašić in aller Form eröffnete, das Wiener Kabinett werde die Festsetzung der Serben an der Adria unter keinen Umständen gestatten. Pašić erwiderte ebenso bestimmt, Serbien könne auf einen Adriahafen nicht verzichten. Tatsächlich drangen zwei serbische Kolonnen quer durch Albanien und erreichten nach mühsamen, durch Entbehrungen und Kälte erschwerten Märschen am 10. November Alessio am Adriatischen Meere. Die serbische Presse, stolz auf diese Waffentat, überschüttete die habsburgische Monarchie wegen der Nutzlosigkeit ihres Einspruches mit Hohn.

Am 18. November brachte die „Bosnische Zeitung“ die Meldung ihres Wiener Korrespondenten, der österreichisch-ungarische Konsul in Prizrend, Prochaska, sei von serbischen Truppen mißhandelt worden. Es war angegeben, daß die Nachricht aus serbischer Quelle stamme; unmittelbar darauf wurde im Prager „Čas“, dem Organ Masaryks, eine ähnliche Meldung gleichen Ursprungs veröffentlicht. Wilde Gerüchte liefen um, Prochaska wäre verstümmelt oder ermordet worden; sie fanden Eingang auch in die österreichische Presse. Man konnte an sie glauben, weil die serbische Heeresleitung zunächst keine Depesche von und nach Prizrend durchließ; der von Wien zur Untersuchung abgesandte Beamte wurde mehrere Tage in Belgrad hingehalten und durfte erst am 26. November mit Prochaska in Aškub zusammentreffen; er fand ihn wohlbehalten, aber auch seine Drahtberichte langten nur unvollständig und durcheinandergeworfen in Wien an. So stieg die Aufregung in Österreich-Ungarn bis zur Fieberhitze, ohne daß

die serbische Regierung sich um die Aufhellung des Tatbestandes kümmerte.

Der Grund, warum das Belgrader Kabinett dieses Spiel trieb und sich in der Herausforderung der Nachbarmonarchie gefiel, lag auf der Hand. Es arbeitete mit allen Mitteln darauf hin, das gesamte Slawentum gegen die Donaumonarchie in Bewegung zu setzen. Die großserbischen Entwürfe waren nur zu verwirklichen, wenn nicht bloß der Balkanbund, sondern auch Rußland für sie eintrat. Der mit Bulgarien am 13. März 1912 geschlossene Vertrag fertigte Serbien mit einem allzu kleinen Stück Mazedonien ab und brachte nur dann größere Vorteile, wenn Serbien sich Nordalbaniens und Bosniens bemächtigen konnte. Vorwiegend aus diesem Grunde hatte das Belgrader Kabinett mit Bulgarien abgeschlossen. Von seinem Standpunkte aus handelte Serbien richtig. Es mußte den siegesfrohen Heeren des Balkanbundes die Richtung gegen Österreich-Ungarn geben, wenn es nicht zu kurz kommen wollte. Denn die bereits wegen Mazedoniens aufdämmernde Zwietracht war nur abzuwenden durch einen gemeinsamen großen Krieg gegen die Donaumonarchie. Die serbische Aktionspartei hoffte, das Wiener Kabinett werde sich durch die Gerüchte über das Schicksal seines Konsuls zu einer hitzigen Tat hinreißen lassen und so einen Zusammenstoß herbeiführen. Erst Ende November gelangte die österreichisch-ungarische Regierung in den Besitz der bestimmten Nachricht, serbische Soldaten hätten sich in Prizrend zwar Ungehörigkeiten gegen die Monarchie zuschulden kommen lassen, der Konsul aber sei nicht beleidigt worden. Das Wiener Kabinett unterließ aber die Bekanntmachung der Meldung und wartete noch den vollständigen Bericht des nach Prizrend gesandten Beamten ab. Da dieser erst am 17. Dezember veröffentlicht wurde, hielt das Ereignis die Öffentlichkeit bis dahin in Atem¹⁾. So lange glaubte man Österreich-Ungarn herausgefordert und beleidigt, ohne daß es sich Genugtuung holte.

¹⁾ Vgl. Th. v. Sosnosky, „Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns seit 1866“, Band II, S. 291. Das Ministerium des Auseren wurde mit Recht getadelt, daß es mit der Aufklärung länger zögerte als notwendig war. Man behauptete, der Grund sei gewesen, weil es für die

Es war die Furcht vor dem Zarenreiche, die dem Wiener Kabinette die Hände band. Von Petersburg kamen schlimme Nachrichten. Am 16. November erklärte sich Sasonow in einer Unterredung mit dem österreich-ungarischen Botschafter, Grafen Thurn, für die Überlassung eines Adriaahafens an Serbien. Grey und Poincaré sprachen sich in demselben Sinne aus, und so marschierte der ganze Dreiverband für Serbien auf, welches sein Spiel ungestraft fortsetzen konnte. Das Gefährliche dabei war die russische Probemobilisierung (Band III, Seite 188f.), die ins Werk gesetzt worden war. Die russischen Truppenbewegungen waren so umfangreich, daß der Personenverkehr auf der Warschau-Wiener Eisenbahnlinie gesperrt werden mußte. Ein bedenkliches Zeichen war auch, daß die mit dem Mobilisierungsgeschäfte betrauten Offiziere der westlichen Armeekorps nach Petersburg zur Beratung berufen wurden. Diese nach Wien gelangende Nachricht gab dem österreichischen Generalstabe den Anlaß zu der Erklärung, die Sicherheit der Monarchie sei bedroht. Der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand regte darauf Rüstungen an, die vom Kriegsmminister Aussenberg beim Kaiser beantragt wurden. Am 21. November ward, wenn auch nicht in der Form, so doch in der Sache, die Mobilisierung der drei Armeekorps im Nordosten des Reiches angeordnet und die längst notwendige Vermehrung der Artillerie beschlossen¹⁾. Ungefähr zur selben Zeit wurden die Truppenkörper im Süden durch Reservemannschaften verstärkt. Der bald darauf erfolgende

inzwischen verfügten Rüstungen Stimmung machen wollte. Daran wird etwas Wahres sein. Falsch aber ist es, daß die Nachricht von der Mißhandlung des Konsuls Prochasta von Wien aus in die Welt gesetzt wurde. Der Korrespondent der „Vossischen Zeitung“ hatte, was feststeht, die Meldung auf der serbischen Gesandtschaft erhalten. Die übermäßigen Angriffe auf das Ministerium des Äußeren hatten ihren eigentlichen Grund darin, daß unter dem Grafen Berchtold die Nachrichten, die früher einzelnen großen Wiener Blättern gegeben worden waren, gleichmäßig verschiedenen Zeitungen zutamen. Die in ihrem Monopol geschädigten Zeitungen benützten den Fall Prochasta, um sich zu rächen, und führten durch viele Monate den Kampf gegen den Leiter des Presbureaus, Hofrat Kanya. Andere Zeitungsorgane beteiligten sich aus Lust am Skandal an den Übertreibungen, die im Parlament Widerhall fanden. Das dauerte so lange, bis Kanya, der die Zustimmung des Ministers des Äußeren besaß, zum Gesandten in Mexiko vorrückte.

¹⁾ Vgl. Aussenberg-Romarów, „Aus Österreichs Höhe und Niedergang“, S. 212ff.

Rücktritt Aussenbergs hatte andere, persönliche Gründe und änderte nichts an der Sachlage. Dagegen war der Rückkehr des Generals Conrad v. Hözendorf an die Spitze des Generalstabes (Ende November 1912) erhebliche politische Bedeutung beizumessen. Er war ein Jahr vorher aus dem Amte geschieden, weil er nicht imstande war, kräftige Maßnahmen gegen Italien durchzusetzen. Auch in der jetzigen Krise wirkte er für eine militärische Machtentfaltung.

*

W i e n u n d B e r l i n

Wenn trotzdem kein Losbruch erfolgte und eine Versumpfung eintrat, so lag dies an der Abneigung aller drei Kaiserhöfe, es auf Hauen und Schießen ankommen zu lassen. Die deutsche Regierung war verpflichtet, Österreich-Ungarn im Notfalle zu Hilfe zu kommen, hegte aber nicht Lust, sich Albaniens wegen in einen Krieg verwickeln zu lassen. Riederlen-Wächter dachte darüber ähnlich wie Bismarck, als dieser es ablehnte, die Kräfte Deutschlands für die Unabhängigkeit Bulgariens einzusetzen; nur zur Verteidigung des angegriffenen Österreich-Ungarns war der eine wie der andere Staatsmann bereit, dazu allerdings mit ganzer Kraft. Nicht bloß über Albanien dachte Riederlen anders als Berchtold, auch über die Lebensfähigkeit und Lebensnotwendigkeit der Türkei. Er glaubte nicht an die Dauer der Türkenherrschaft in Europa und sah auch voraus, daß die Pforte im Kampfe gegen den Balkanbund unterliegen werde. Darüber sprach er sich zum serbischen Geschäftsträger Boghitschewitsch unverhohlen aus, und dieser hatte den Eindruck, der Staatssekretär meine es mit den Glückwünschen zu den Siegen der Serben aufrichtig¹⁾. Riederlens Mißbergnügen über Rußlands Anzu-

¹⁾ M. Boghitschewitsch, „Kriegsursachen“, Zürich 1919, S. 43ff. Auch zu dem serbischen Diplomaten Nenadović, einem Vetter König Peters, äußerte sich Riederlen damals in einem serbenfreundlichen Sinne. Am 5. November sagte Riederlen zu Boghitschewitsch, S. 56: „Die Dreibundmächte sind sich darüber klar, daß es mit der Türkei zu Ende gehe,